

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Januar 2012

13. Januar 2012

Europäischer Fiskalpakt

Debatte mit Resolution

Kurze Debatte und Abstimmung
am Mittwoch, 18. Januar

Rebecca Harms MdEP

Büro +33 3 881 75695

Reinhard Bütikofer MdEP

Büro +33 3 881 75816

Hintergrund: Vertreter der Regierungen der Eurozone arbeiten seit dem Krisengipfel im Dezember an einem internationalen Abkommen, durch das sie die öffentliche Verschuldung in der EU verringern wollen. Das Abkommen sieht eine Schuldenbremse zur Verankerung in den nationalen Verfassungen vor. Zudem wollen sich die Länder auf Instrumente zur Senkung der Verschuldung und zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik einigen. Die Umsetzung des Abkommens soll durch den Europäischen Gerichtshof überprüft werden können.

Grüne Position: Die Grünen halten ein solches Abkommen aus zwei Gründen für höchst problematisch. Einerseits bieten die bestehenden europäischen Verträge für die sekundärrechtliche Fixierung der meisten der vorgesehenen Vereinbarungen bereits eine ausreichende Grundlage. Eine Parallelstruktur auf Ebene der Eurogruppe droht nicht nur juristische Unsicherheit zu schaffen, sondern auch das Europäische Parlament zu schwächen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist das Abkommen in der bisher verhandelten Fassung einseitig und keineswegs geeignet, die Krise wirksam zu bekämpfen. Zwar unterstützen die Grünen die Idee einer Schuldenbremse. Aber diese muss durch Maßnahmen zugunsten nachhaltigen Wachstums und europäischer Solidarität flankiert werden, etwa durch Eurobonds.

Demokratie in Ungarn

Debatte mit Resolution

Debatte am
Mittwoch, 18. Januar

Abstimmung am 1./2. Februar
(Plenum in Brüssel)

Rebecca Harms MdEP

Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Seit dem Wahlsieg der rechtskonservativen Fidesz-Partei in Ungarn, höhlt Premier Orbán Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in dem EU-Mitgliedsstaat stetig weiter aus. Nachdem bereits das Mediengesetz die Pressefreiheit an vielen Stellen beschnitten hat, peitschte Orbán anschließend eine neue Verfassung in nur fünf Wochen durch die Instanzen, die vor allem die Machtposition seiner eigenen Partei im Parlament aber auch in öffentlichen Ämtern auf Jahre hinaus festigt. Zuletzt wurden weitere Vorhaben verabschiedet, die der Regierungsmehrheit erlauben, Gesetze im Eilverfahren und ohne angemessene parlamentarische Beratung zu verabschieden. Auch die Unabhängigkeit der Zentralbank ist gefährdet. Das Parlament wird in Straßburg zu dieser Problematik eine Resolution beraten, die voraussichtlich Anfang Februar in Brüssel abgestimmt wird.

Grüne Position: Die Grünen haben seit Amtsantritt der Regierung Orbán immer wieder auf die gefährlichen Entwicklungen für Rechtsstaat und Demokratie in Ungarn hingewiesen - zuletzt in einem Schreiben an EU-Kommissionspräsident Barroso Ende des vergangenen Jahres. Konkret fordern die Grünen die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 7 des EU-Vertrags, um die Vereinbarkeit der aktuellen Rechtslage mit den Grundrechten der Europäischen Union zu überprüfen. Eine offizielle

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Reaktion der EU-Kommission dazu steht noch aus. Die Grünen hatten außerdem eine Resolution des Parlaments gefordert und begrüßen, dass diese nun im Plenum beraten wird - auch wenn die Abstimmung voraussichtlich erst im Februar stattfindet. Dabei wird es wichtig sein, zu beobachten, wie sich die Europäische Volkspartei verhält, deren Mitglied Orbáns Fidesz ist.

Elektro- und Elektronik-Altgeräte

Bericht Karl-Heinz Florenz
(EVP, Deutschland)

*"Elektro- und
Elektronikaltgeräte"*

Ordentliche Gesetzgebung,
2. Lesung

Debatte am Mittwoch,
18. Januar

Abstimmung am Donnerstag,
19. Januar

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Der Absatz von Elektrogeräten in der EU steigt stetig, vor allem bei Haushaltsgeräten und im Bereich Telekommunikation. Gleichzeitig werden durch kürzere Innovationszyklen Altgeräte in immer schnelleren Intervallen ersetzt. Ergebnis ist eine rasante Zunahme an Elektroschrott. Vor diesem Hintergrund wird das Europäische Parlament die Revision der EU-Verordnung für Elektroschrott aus dem Jahr 2002 beraten und abstimmen.

Grüne Position: Die Neuregelung geht eindeutig in die richtige Richtung: sowohl die zumindest langfristig ehrgeizigen, an die realen Abfallmengen angepassten Sammel- und Recyclingziele als auch die Verpflichtung, dass große Einzelhändler - unabhängig vom Kauf eines neuen Geräts - Altgeräte annehmen müssen, sind relevante Verbesserungen. Und durch die verschärften Regelungen zu Exporten in Nicht-OECD Länder wird illegalen Müll-Exporten unter dem Deckmantel der Wiederverwendung ein Riegel vorgeschoben. Auch Nano-Materialien werden auf Grüne Initiative hin angegangen: die Kommission soll untersuchen, ob für diese eine getrennte Behandlung notwendig ist.

Versorgungskette für landwirtschaftliche Betriebsmittel

Bericht José Bové
(Grüne/EFA, Frankreich)

*"Die Versorgungskette für
landwirtschaftliche
Betriebsmittel"*

Initiativbericht

Debatte und Abstimmung am
Donnerstag, 19. Januar

Martin Häusling MdEP
Büro +33 3 881 75820

Hintergrund: Das EU-Parlament hatte 2010 Empfehlungen zur Lösung der Probleme angenommen, die es in den Bereichen gibt, die der landwirtschaftlichen Erzeugung nachgelagert sind, damit die Landwirte ihr Einkommen verbessern können. Das Parlament schlug erhebliche Änderungen im Wettbewerbsrecht der EU vor und empfahl, entsprechende Maßnahmen in die Legislativvorschläge zur GAP-Reform 2020 einzubeziehen. Der nun vorliegende Initiativbericht geht auf Probleme in den Bereichen ein, die der Landwirtschaft vorgelagert sind. Besonderes Augenmerk liegt auf Betriebsmitteln, die von landwirtschaftlichen Betrieben in den Bereichen Energie, Geräte, Mischfuttermittel, Düngemittel, Pestizide, Saatgut und Wasser im Laufe der letzten zehn Jahre angeschafft wurden.

Grüne Position: Der Grüne Berichterstatter José Bove weist auf die Auswirkungen der erhöhten Betriebsmittelkosten in bestimmten Bereichen der landwirtschaftlichen Erzeugung hin. So sind die Energiekosten seit dem Jahr 2000 um 60, die Kosten bei Düngern um 25 und bei Saatgut um 30 Prozent gestiegen. Darüber hinaus zeigt der Bericht die steigende Abhängigkeit der Landwirte von einer immer stärker konzentrierten betriebsmittelerzeugenden Branche auf. Als Lösungsmöglichkeiten werden Maßnahmen vorgeschlagen, die im Zuge der bevorstehenden Reform der

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



	<p>Gemeinsamen Agrarpolitik durchgeführt werden sollten. Kooperationen, kurze Transportwege, energiesparende Baumaßnahmen, energiesparendes Wirtschaften oder ein standortangepasster Anbau helfen, die Kosten zu senken. Die Grüne Europafraktion unterstützt den nun zur Abstimmung vorliegenden Bericht.</p>
<p>Biozid-Produkte</p> <p>Bericht Christa Klauß (EVP, Deutschland)</p> <p><i>"Inverkehrbringen und Verwendung von Biozidprodukten"</i></p> <p>Ordentliche Gesetzgebung, Zweite Lesung</p> <p>Debatte am Mittwoch, 18. Januar</p> <p>Abstimmung am Donnerstag, 19. Januar</p> <p>Rebecca Harms MdEP Büro +33 3 881 75234</p>	<p>Hintergrund: Am Mittwoch stimmt das Parlament über die EU-Gesetzgebung zu Biozid-Produkten ab. Neugeregelt wird die Produktzulassung sowie die Zulassung von aktiven Substanzen in diesen Produkten.</p> <p>Grüne Position: Angesichts der potentiell gravierenden Auswirkungen von Bioziden auf die öffentliche Gesundheit ist es zu begrüßen, dass die die neue Verordnung eine Verbesserung des Schutzniveaus mit sich bringt. Krebserzeugende, fortpflanzungs- und erbgutschädigende Stoffe, Stoffe die Störungen des Hormonsystems hervorrufen können sowie umweltschädliche Substanzen dürfen nur im Ausnahmefall und unter strengen Bedingungen verwendet werden. Und grundsätzlich muss immer geprüft werden, ob nicht eine andere, sicherere Alternative verfügbar ist. Produkte, die Biozide enthalten, müssen in der Regel gekennzeichnet werden. Und Mitgliedsstaaten bekommen die Möglichkeit, von der zentralisierten Produktzulassung, oder im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung auch von der nationalen Zulassung in einem anderen Mitgliedsstaat, abzuweichen. Zudem werden auf Initiative der Grünen Europafraktion die neuen Regeln bereits im September 2013 in Kraft treten und nicht erst nach 2025, wie ursprünglich vorgeschlagen. Nanomaterialien werden zum ersten Mal umfassend geregelt.</p>
<p>Verschwendung von Lebensmitteln</p> <p>Bericht Salvatore Caronna (S&D, Italien)</p> <p><i>"Schluss mit der Verschwendung von Lebensmitteln - Strategien für eine effizientere Lebensmittelversorgungskette in der EU"</i></p> <p>Initiativbericht</p> <p>Debatte und Abstimmung am Donnerstag, 19. Januar</p> <p>Martin Häusling MdEP Büro +33 3 881 75820</p>	<p>Hintergrund: Etwa 30 bis 50 Prozent der Nahrungsmittel wandern in der EU in den Abfall. Mit dieser unhaltbaren Verschwendung von Lebensmitteln entlang der Versorgungskette beschäftigt sich das Parlament in Straßburg nun in einem Initiativbericht.</p> <p>Grüne Position: Der Bericht macht deutlich, dass ein Großteil der Lebensmittelvernichtung nicht nur bei den Verbrauchern, sondern entlang der gesamten Versorgungskette stattfindet. Der Einzelhandel spielt dabei eine zentrale Rolle. Darüber hinaus wird aufgezeigt, dass ein zentraler Zusammenhang zwischen kürzeren Lieferketten und der Reduzierung des Abfallaufkommens besteht. Es wird dargelegt, dass die wachsende Weltbevölkerung zwar einen Anstieg der Nahrungsmittelversorgung erforderlich macht, dies aber nicht gleichzusetzen ist mit einer Produktionssteigerung und Intensivierung. Der vorliegende Initiativbericht deckt sich in wesentlichen Punkten mit Grünen Positionen und wird daher von der Grünen Europafraktion unterstützt.</p>

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Mit den besten Grüßen

Helmut Weixler

Pressesprecher

Fraktion Die Grünen/EFA

Mobil: +32 475-67 13 40

E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Europagruppe GRÜNE

Mobil: +32 495 40 23 28

E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu